

Aus Anlass des Protests von Greta Thunberg und ihren jugendlichen Followern:

Der „inkonsequente Kampf gegen den Klimawandel“: Schlecht gemachte Menschheitsrettung - oder imperialistische Energiepolitik?

**Diskussion im BdP-Haus Bremen, Am Hulsberg 136, Bremen
Donnerstag, 21.3.2019, 19:30 Uhr**

Schüler und Studenten streiken weltweit jeden Freitag gegen den Klimawandel. Sie werfen der Politik Inkonsequenz, Untätigkeit, Heuchelei bei der Lösung des Menschheitsproblems Nr.1 vor. Und „den Erwachsenen“ überhaupt Ignoranz gegenüber den düsteren Aussichten für die „nachfolgenden Generationen“.

Nur: Stimmen denn diese Einwände? Ist es vernünftig, der Politik ungeprüft zugute zu halten, dass sie eigentlich für das Gute und Wahre und Schöne zuständig sei, und diesen Auftrag nur immer nicht sachgerecht erfüllt? Wer ist eigentlich das eigenartig kollektive Subjekt „Menschheit“, von dem man immer nur hört, wenn es „bedroht“ sein soll, und in dessen Namen sich einfach jede Schweinerei unternehmen und jeder Protest anmelden lässt? Dass Inselgruppen absaufen, ganze Landstriche verdorren oder immer öfter von Unwettern heimgesucht werden: Macht das aus den – ganz unterschiedlich – Betroffenen tatsächlich eine einzige große Gemeinschaft? Und wenn es schon um die Bedrohung der Menschheitszukunft gehen soll: Wer bedroht sie? Womit eigentlich und warum? Auch wieder „der Mensch“, „wir alle“ und „jeder und jede Einzelne“? Oder doch mehr „die Politik“ oder auch „die Erwachsenen“? Oder ist das alles ein und dasselbe? Fällt denn den Protestlern nicht auf, dass ausgerechnet die Poli-

itik, an die sie sich mit ihrem Protest richten, diesen Vorstellungen von kollektiven Betroffenheits- und Verantwortungssubjekten regelmäßig Recht gibt, – um sich dann im Namen dieser Menschheit und ihrer Verantwortung für das Klima genauso regelmäßig jede wirkliche Einmischung in ihre Geschäfte zu verbitten?

*

Was die politisch Zuständigen dann unter der allseits geteilten Sorge um das Weltklima und unter dem Titel Klimapolitik betreiben, das ist dann ihre nationale Energiepolitik, die gerade für die wichtigsten und mächtigsten unter ihnen immer eine Frage weltweiter kapitalistischer Geschäftsmöglichkeiten und zugleich strategischer Sicherheit und Überlegenheit ist. Sie konkurrieren um den Zugriff auf alte und neue Energiequellen, mischen sich dafür in die Energiepolitik ihrer Konkurrenten ein und versuchen umgekehrt, jede Einmischung anderer Mächte in die eigene Energiebewirtschaftung abzuwehren. Und weil der Globus nicht zuletzt im Zuge des kapitalistischen Geschäfts mit der Energieerzeugung ziemlich umfassend versaut ist, ist die Frage des Umgangs mit den Folgen genauso als Gegenstand und Mittel ihrer internationalen Konkurrenz immer mit auf dem Tisch. Wenn dafür „Weltklima“ nicht die absolut passende Überschrift ist!

Darüber wollen wir diskutieren.

Lesetipp:

Artikel zum Themenkomplex "Weltklima- & Energiepolitik" aus dem

GEGENSTANDPUNKT <https://de.gegenstandspunkt.com/artikel/weltklimakonferenz>



Thesen zur Klimapolitik 2019:

Schlecht gemachte Menschheitsrettung oder imperialistische Energiepolitik?

1. Das vom Klimawandel betroffene Kollektiv namens „die Menschheit“, welches die Klimapolitik angeblich retten will und auch nach Meinung vieler Kritiker der Klimapolitik eigentlich retten soll, gibt es nicht: Die unterschiedlichen und sogar gegensätzlichen Interessen, die im sich wandelnden Klima eine – für manche sogar vorteilhaft – veränderte Bedingung haben, addieren sich nicht zu einer großen Gesamtbetroffenheit.

2. Genauso stimmt das Gerücht nicht, dass ein allgemeines Subjekt „der Mensch“ das Klima verändert und versaut: Wer so redet und sich beschwert, der könnte schon an der eigenen Beschwerde merken, dass es anders sein muss. Der kritisch und protestierend vorgetragene Bedarf nach mehr Rücksicht auf die allgemeinen natürlichen Lebensgrundlagen ist offensichtlich sehr machtlos: welchen Akteuren und Interessen gegenüber? Dieser Frage nachzugehen, wäre vernünftiger, als immer so zu tun, als bräuchten „wir alle“ nur mehr guten Willen.

3. Besser wird die Beschwerde auch nicht, wenn junge Menschen im Namen „der Zukunft“ auf die heute Erwachsenen, vor allem auf die Mächtigen unter ihnen, zugehen und sie dazu auffordern, „endlich zu handeln“: Mit dem Verweis auf „Zukunft“ und „Jugend“ kann man sich einerseits jeder Zustimmung und vieler feuchter Handschläge seitens der adressierten Politik sicher sein – und erfährt sofort, dass es doch ganz an den heute gültigen Zwecken und Erfolgsmaßstäben von Politik und Wirtschaft hängt, um was für eine „Zukunft“ es überhaupt geht: eine ohne „Arbeitsplätze“ und „Wachstum“ kommt jedenfalls nicht in Frage!

4. Auffällig ist, dass da moralische Höchstwerte kursieren, die sich nicht die Kritiker ausgedacht, sondern von den Vertretern der wirklichen Politik übernommen haben. Die finden es passend, ihr Tun damit zu schmücken. Aus schlagendem Grund: Sie adeln damit den Anspruch der von ihnen geführten Staaten, über den Umgang mit den natürlichen Lebensbedingungen weltweit zu befinden. Wenn Politiker versprechen, bei allem, was sie tun, an „die Menschheit“ zu denken, dann können sie tatsächlich auf ihre Macht über größere Teile der staatlich sortierten Menschheit und über mehr oder weniger Einfluss auf die Politik anderer Staaten verweisen – auf ihre wirkliche Zuständigkeit eben. Die praktizieren sie jeden Tag. Darum geraten sie ja ganz zu Recht ins Visier des Protests gegen das fortgesetzte Versauen der natürlichen Lebensgrundlagen. Darum ist aber auch klar, dass die beklagten Zustände

eben auch Wirkungen der herrschenden Politik und ihrer Zwecke sind, und nicht die bedauerliche Folge von unterlassenen Taten und fehlendem Verantwortungsbewusstsein.

5. Das gilt auch angesichts dessen, dass der Standpunkt, Klima und Klimapolitik seien notwendige und wichtige Themen internationaler Verhandlungen und Vereinbarungen, aktuell ziemlich außer Verkehr gezogen wird. Allen voran die USA, in der Folge aber auch andere Staaten, lehnen es immer deutlicher ab, für eine angeblich gemeinsame Sorge ihre nationalen Vorteilsrechnungen hintanzustellen. Das kommt nicht von einer neuen Verantwortungslosigkeit, sondern daher, dass mit dem „Klima“ die Staaten der Welt noch nie einen Standpunkt jenseits ihrer internationalen Konkurrenz eingenommen haben – die ja auch zu besseren Zeiten in Sachen „Klimapolitik“ immer für viel Streit gesorgt hat.

6. Dieser international ausgefochtene Streit hat sich noch nie um das Naturphänomen namens Klima gedreht, von dem die für den Rest der Menschheit Zuständigen gelernt haben wollen, dass es durch CO₂ versaut wird, weswegen sie sich gegenseitig in ihre Energiebewirtschaftung hineinreden. Umgekehrt: Weil es ihnen aus ganz anderen Gründen um eine Umstellung ihrer Energiepolitik geht, haben sie die Gleichung zwischen CO₂-Emissionen und Klimaveränderung ins Recht gesetzt. Der Anspruch, dass ihnen dabei andere – mindere sowieso, aber auch und vor allem gleichstarke – Industrienationen folgen, kommt nicht daher, dass man das Klima nur „gemeinsam oder gar nicht“ retten kann. Auch hier ist es umgekehrt: Weil sich – Deutschland hat es vorgeführt – die nationalen Energiewenden gegen den Rest der Welt als Konkurrenten auf dem Energiemarkt richten, sollten alle anderen auf „gemeinsame Reduktionsziele“ verpflichtet werden – das ist das wirklich Globale an der „globalen Klimapolitik“.

7. Dagegen gibt es inzwischen mächtigen Einspruch angeführt von Trumps Amerika. Es greift – wiederum aus ganz anderen als klimatischen Gründen – in neuer Weise der Standpunkt um sich, dass die nationale Konkurrenzposition in der strategisch wichtigen Energiefrage nicht zum Gegenstand internationaler Vereinbarungen werden darf, die die eigene Nation unfrei machen. So ist dem aktuellen Konter gegen „gemeinsame Klimapolitik“ zu entnehmen, wie die immer schon gemeint war – als Strategie staatlicher Energiekonkurrenz –, also auch im nachhinein überhaupt keinen guten Glauben an ihre höhere Vernunft verdient.

Monatliche Diskussionsrunde

An einem Donnerstag im Monat treffen wir uns zur Diskussion über Artikel der Zeitschrift **GEGENSTANDPUNKT** bzw. von aktuellen Geschehnissen aus Wirtschaft, Politik und Zeitgeschehen. Die nächsten Termine werden rechtzeitig bekannt gegeben. (Auch: facebook.com/argudiss.de.) Ort: BdP-Haus, Am Hulsberg 136, Bremen.

Interessenten, die direkt über jeweils anstehende Themen informiert werden möchten, schreiben eine Mail an: donnerstagstreff@argudiss.de